

Bericht

des

schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1937

(Vom 11. Februar 1938.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Art. 47 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über unsere Amtstätigkeit im Jahre 1937 Bericht zu erstatten.

A. Allgemeines

Auf Ende des Berichtsjahres ist Herr Bundesrichter Dr. Carl Jaeger nach siebenunddreissigjähriger Tätigkeit vom Amte zurückgetreten. An seine Stelle wurde am 16. Dezember gewählt Herr Bundesgerichtsschreiber Dr. Adolf Zieglér.

Seit Jahren ist bei der Beratung des Geschäftsberichts des Bundesgerichtes im Parlament und bei andern Gelegenheiten die Doppelspurigkeit der Publikation bundesgerichtlicher Entscheidungen in der Amtlichen Entscheidungssammlung und in der im Verlage Helbing und Lichtenhahn in Basel erscheinenden «Praxis des Bundesgerichtes» als unerwünscht bezeichnet worden. Das Bundesgericht, das bisher die Veröffentlichung der Entscheidungen in der Praxis durch Gratisabgabe von Abschriften der Entscheide ermöglicht hatte, teilt diese Auffassung. Vorschläge für eine Umgestaltung der Publikation, die dem Verleger unterbreitet wurden, erachtete dieser als praktisch nicht durchführbar. Das Gericht hat beschlossen, die Abgabe von Urteilsabschriften an die Praxis in der bisherigen Form nicht weiterzuführen. Immerhin soll die Änderung, um unnötige Härten zu vermeiden, nicht sofort, sondern erst auf das Ende der laufenden Registerperiode der Praxis eintreten.

Die Geschäftslast ist gegenüber 1936 etwas zurückgegangen, hat aber den Stand von 1935 nicht erreicht. Die Eingänge belaufen sich bei 2176 Geschäften auf 45 weniger als im Vorjahr (2221). Abgenommen haben die Zivil-

sachen um 79, die Geschäfte der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer um 69, ferner die verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten um 12 Geschäfte; zugenommen haben wiederum hauptsächlich die staatsrechtlichen Streitigkeiten (855 gegenüber 750) und die Strafsachen (Nichtigkeitsbeschwerden), die sich seit 1933 mehr als verdreifacht haben. Erledigt wurden 2260 Geschäfte gegenüber 2296 im Vorjahre; die Überträge auf das neue Jahr vermindern sich um 84, von 463 auf 379.

Die Gesamtzahl der Sitzungen beläuft sich im Berichtsjahr auf 236 (gegenüber 242 im Jahre 1936). Sie verteilt sich wie folgt:

Plenum	2
I. Zivilabteilung	77
II. Zivilabteilung	69
Staatsrechtliche Abteilung	44
Verwaltungsrechtliche Kammer	10
Kammer für Beamtensachen	9
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer	15
Anklagekammer	4
Kassationshof	6
Bundesstrafgericht	—
	Total <u>236</u>

B. Spezieller Teil

I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1937 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1936 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1938 übertragen
1. Vom Bundesgericht als einziger Zivilgerichtsinstanz zu beurteilende Streitsachen (Art. 48—52 OG)	17	13	30	15	15
2. Berufungen (Art. 56 f. OG)	135	494	629	554	75
3. Zivilrechtliche Beschwerden (Art. 86 und 87 OG) . .	5	52	57	50	7
4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren . . .	2	16	18	16	2
5. Rekurse in Expropriations- sachen	9	19	28	16	12
Total	168	594	762	651	111

Von den Berufungen wurden 255 abgewiesen, 77 ganz oder teilweise gutgeheissen, 157 durch Rückzug oder Vergleich erledigt, auf 51 wurde nicht eingetreten und 24 Fälle wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen.

II. Strafrechtspflege

a. Die Anklagekammer hatte sich mit folgenden Fällen zu befassen:

1. Bundesanwaltschaft gegen Friedrich Schneider, Max Wullschleger und Ernst Walter betreffend Amtsehrverletzung. Die Anklage wurde zugelassen.
2. Stadtgemeinde Zürich gegen Jean Lenoir und Zivilgericht von Genf, Beschwerde wegen verweigerter Rechtshilfe (Rechtsöffnung für eine Busse). Die Beschwerde wurde gutgeheissen.

Zwei weitere Beschwerden sind auf 1938 übertragen worden.

b. Bundesstrafgericht. Die oben unter Ziff. 1 erwähnte Anklage gegen Schneider, Wullschleger und Walter betreffend Amtsehrverletzung war der einzige Fall, der beim Bundesstrafgericht im Jahre 1937 hängig war. Er wurde durch Vergleich erledigt.

c. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 124 (im Vorjahr 105), wovon 20 aus dem Jahre 1936.

Davon wurden erledigt:

durch Gutheissung der Beschwerde	18
» Abweisung der Beschwerde	41
» Nichteintreten auf die Beschwerde.	24
» Rückzug der Beschwerde	8
	91
Unerledigt blieben	33

III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1937 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1938 übertragen
1. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 175 ³ OG)	4	3	7	3	4
2. Beschwerden von Privaten und Korporationen (Art. 175 ³ OG)	194	809	1003	826	177
3. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 180 ⁵ OG)	2	22	24	24	—
4. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten (Art. 181 OG)	1	2	3	3	—
5. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren	—	19	19	17	2
	201	855	1056	873	183

Von den auf 1938 übertragenen Geschäften stammen eines aus dem Jahre 1930, 6 aus dem Jahre 1934, 6 aus dem Jahre 1935 und 32 aus dem Jahre 1936. Die Erledigung wurde meistens durch die Hängigkeit ausserordentlicher kantonalen Rechtsmittel verzögert. Die übrigen 138 Geschäfte sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 73 in den Monaten November und Dezember).

Von den Beschwerden von Privaten und Korporationen (Ziffer 2 obiger Tabelle) sind 116 durch Nichteintreten, 109 durch ganze oder teilweise Gutheissung und 450 durch Abweisung erledigt worden; 151 sind zurückgezogen worden oder konnten als gegenstandslos abgeschrieben werden.

Von den 24 Beschwerden wegen politischer Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Ziff. 3) wurden 18 durch Abweisung, 2 durch Gutheissung und 4 durch Nichteintreten erledigt.

In drei Fällen wurde die Auslieferung an das Ausland (an Deutschland und Österreich) abgelehnt.

In 372 Fällen, in denen entweder die Anhebung oder Veranlassung des Streites, die Art der Beschwerdeführung oder die rechtliche Natur der Streitsache es rechtfertigten (Art. 221, Abs. 2 und 5 OG) wurde eine Gerichtsgebühr erhoben.

Wegen mutwilliger Beschwerdeführung bzw. wegen Verletzung des durch die gute Sitte gebotenen Anstandes wurden 15 Anwälten bzw. Rekurrenten Ordnungsbussen auferlegt und 3 Anwälten ein Verweis erteilt (Art. 39 OG).

Vom Präsidenten der staatsrechtlichen Abteilung waren 253 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Art. 185 OG zu behandeln.

11 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs austausch mit dem Bundesrat und dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement über die Kompetenzfrage (Art. 194 OG).

IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1937 anhängigen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1938 übertragen
<i>I. Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben (Art. 4 a und 5 VDG):</i>					
a. Militärpflichtersatz	8	50	58	51	7
b. Krisenabgabe	2	15	17	14	3
c. Stempelabgaben	—	3	3	3	—
d. Andere bundesrechtliche Abgaben	3	9	12	10	2
<i>II. Beschwerden gemäss Art. 4 c VDG (Anhang):</i>					
<i>1. Registersachen:</i>					
a. Patent- und Markenrecht	—	6	6	5	1
b. Handelsregister	2	23	25	23	2
c. Zivilstandsregister	—	2	2	2	—
d. Grundbuch	2	8	10	8	2
<i>2. Spielbanken und Lotterien</i>					
3. Privatversicherungsaufsicht	1	—	1	1	—
4. Zoll	1	1	2	1	1
5. Fabrik- und Gewerbesesen	3	4	7	6	1
6. Unterstellung unter die Unfallversicherung	1	2	3	3	—
<i>III. Andere verwaltungsgerichtliche Beschwerden:</i>					
1. Unterstellung unter das Bankengesetz	2	3	5	4	1
2. Kreditkassen mit Wartezeit	—	7	7	4	3
<i>IV. Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
<i>a. aus dem Bundesbeamtenverhältnis (Art. 17 a VDG):</i>					
1. gegen die Versicherungskasse der Bundeszentralverwaltung	2	—	2	1	1
Übertrag	27	134	161	137	24

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1938 übertragen
Übertrag	27	134	161	137	24
2. gegen die Versicherungskasse für das Personal der S. B. B.	2	8	10	5	5
3. gegen die Generaldirektion der S. B. B.	—	1	1	1	—
b. aus Haftung für Unfälle infolge militärischer Übungen (Art. 17b VDG)	—	1	1	—	1
V. Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben (Art. 18 a VDG) .	2	5	7	6	1
VI. Anstände zwischen Eisenbahnunternehmen und Privaten (Art. 18 c VDG)	2	—	2	1	1
VII. Andere verwaltungsrechtliche Streitigkeiten (Art. 18 e VDG)	3	1	4	2	2
VIII. Disziplinarrechtspflege (Art. 33 ff. VDG): Rekurse gegen Verfügungen:					
a. des Finanz- u. Zolldepartements	—	1	1	1	—
b. der Post- und Telegraphen-Verwaltung.	1	—	1	1	—
c. der S. B. B. Kreis I	2	—	2	2	—
„ II	—	3	3	2	1
„ III	1	1	2	2	—
IX. Revisions- und Erläuterungsbegehren	—	2	2	2	—
Total	40	157	197	162	35

Die Streitigkeiten unter Ziffer II, 1, werden von den Zivilabteilungen, diejenigen unter Ziffern IV und VIII von der Kammer für Beamten-sachen erledigt.

Von den 197 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden:

durch Nichteintreten	16
» Rückzug oder Vergleich	87
» ganze oder teilweise Gutheissung	28
» Abweisung	81
	— 162
auf das neue Jahr wurden übertragen	95
	<u>197</u>

V. Schuldbetreibung und Konkurs

Am 20. Dezember wurde die von Art. 873, Abs. 4, des neuen Obligationenrechts geforderte Verordnung über den Genossenschaftskonkurs erlassen.

Ferner wurden die Betreibungsformulare dem neuen OR angepasst.

Inspektionen konnten wegen der immer noch sehr starken Geschäftslast keine vorgenommen werden. Doch wurden aus anderer Veranlassung mehrfach Weisungen an kantonale Aufsichtsbehörden erteilt.

Die Gesamtzahl der anhängigen Rekurse betrug 458 (81 weniger als im Vorjahre): davon waren aus dem Vorjahr übernommen 13; im Laufe des Jahres eingegangen 445. Erledigt wurden 450, so dass auf das Jahr 1938 8 Fälle übertragen wurden.

Von den 458 anhängig gewesenen Beschwerden sind erledigt worden	
durch Nichteintreten	52
» Rückzug oder Gegenstandslosigkeit.	4
» Begründeterklärung	111
» Abweisung	289
Übertrag auf 1938	8
	<u>458</u>

Gesuche um Pfandschätzungen gemäss dem Bundesbeschluss vom 21. Juni 1935 lagen 14 vor, wovon 5 aus dem Vorjahre. Erledigt wurden 13. Alle erledigten Fälle betrafen Schätzungen von Hotelliegenschaften.

Eisenbahn-, Hotel- und Gemeindesanierungen: Im Berichtsjahre waren 21 Gesuche (wovon 12 aus dem Vorjahre) um Einberufung von Gläubigerversammlungen nach der Verordnung betreffend die Gläubigergemeinschaft bei Anleihenobligationen hängig, und zwar:

- 13 Gesuche von Eisenbahnunternehmungen,
- 6 Gesuche von Hotelbetrieben und
- 2 Gesuche von Gemeinden.

Die Beschlüsse der Gläubigerversammlungen von 8 Eisenbahnunternehmungen, 5 Hotelbetrieben und 1 Gemeinde wurden im Laufe des Berichtsjahres von der II. Zivilabteilung genehmigt. Auf ein Gesuch wurde nicht eingetreten, 6 Gesuche werden übertragen.

2 Nachlassverfahren über Eisenbahnunternehmungen wurden durchgeführt und die abgeschlossenen Nachlassverträge im Berichtsjahre von der II. Zivilabteilung genehmigt. Von 3 gegen Eisenbahngesellschaften gestellten Zwangsliquidationsbegehren (2 aus dem Vorjahre) sind noch 2 hängig. 3 Nachlassverträgen von Banken ist im Laufe des Berichtsjahres von der II. Zivilabteilung die Genehmigung erteilt worden.

VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

1. Die Verordnung für die eidgenössischen Schätzungskommissionen, vom 22. Mai 1931, wurde revidiert. Anstoss hiezu gab eine gemeinsame Eingabe des Schweizerischen elektrotechnischen Vereins und des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke, in der auf eine Lücke der bisherigen Verfahrensordnung aufmerksam gemacht worden war. Die Gelegenheit wurde benutzt, um die Verordnung auch in andern Punkten zu ergänzen. Wir verweisen auf die Gesetzsammlung 1937 S. 972.

2. Den Jahresberichten der Präsidenten entnehmen wir folgende Angaben:

Kreis I: Von 6 Geschäften (3 Kraftwerke, 1 Befestigungsbaute, 1 SBB, 1 Gemeindeelektrizitätsversorgung) wurden 5 erledigt.

Kreis II: Ein Geschäft (Kraftwerk) wurde erledigt.

Kreis III: Von 3 Geschäften (1 Oberpostdirektion, 1 SBB, 1 Privatbahn) wurden 2 erledigt.

Kreis IV: Von 12 Geschäften (10 Kraftwerke, 1 Befestigungsbaute, 1 Privatbahn) wurden 6 erledigt.

Kreis V: Von 23 Geschäften (17 Kraftwerke, 3 SBB, 1 Privatbahn, 1 Militärverwaltung, 1 Schiessplatz) wurden 9 erledigt.

Kreis VI: Von 11 Geschäften (3 Kraftwerke, 1 SBB, 6 Befestigungsbaute, 1 Zollgebäude) wurden 5 erledigt.

Kreis VII: Von 3 Geschäften (1 Befestigungsbaute, 2 Kraftwerke) wurde eines erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Lausanne, den 11. Februar 1938.

Im Namen des schweiz. Bundesgerichts,

Der Präsident:

Strebel.

Der Gerichtsschreiber:

Geering.
